

Zu hohe Erwartungen oder die Kunst des Möglichen?

Bilanz und Bewertung des NATO-Gipfels 2024 in Washington

Erhard Bühler

Am 10. Juli 2024 kamen die Staats- und Regierungschefs der NATO zu Ihrem Jubiläumsgipfel in Washington D.C. zusammen. 75 Jahre besteht die NATO und ist heute die stärkste Verteidigungsallianz der Weltgeschichte. Im Mittelpunkt stand die Unterstützung der Ukraine, Abschreckung und Verteidigung sowie die weitere Anpassung der NATO an die sicherheits- und verteidigungspolitische Lage weltweit und besonderes in Europa. Diese Themenblöcke standen in der Kontinuität zu den NATO-Gipfeln 2022 in Madrid und 2023 in Vilnius. Zusätzlich verständigten sich die Mitgliedstaaten auf einen dritten Themenblock, die Partnerschaft im indopazifischen Raum, zu dem die Staats- und Regierungschefs von Australien, Japan, Neuseeland und der Republik Korea eingeladen waren.

Schon bei der Vorbereitung des Gipfels und der Arbeit am Gipfel-Kommuniké wurde deutlich, dass sich einige Erwartungen und Hoffnungen der Ukraine sowie Forderungen und Empfehlungen anderer diesem Gipfel nicht erfüllen werden können. Eine Einladung der Ukraine in die NATO ist auch diesmal ausgeblieben. Die Zukunft der Ukraine liegt in der NATO, hieß es bereits in Vilnius. Allerdings wird der Weg jetzt als irreversibel bezeichnet. Ob das so ist, wird man sehen, weil dieser Weg durch notwendige Reformen der Ukraine begleitet werden soll. Das ist großer Interpretationsspielraum, zumal weder Reformen als auch Bedingungen benannt werden. Eine Einladung der Ukraine kommt of-

fenbar erst nach Kriegsende auf die Tagesordnung. Eine Mitgliedschaft der Ukraine während des Krieges führt zwar nicht zwangsläufig zu einem Eingreifen der NATO, aber die Eskalationsgefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Die Mitgliedstaaten sähen sich andauernden weiteren Forderungen ausgesetzt, die viel politische Energie fordern würden, um nicht schrittweise doch in den Krieg hineingezogen zu werden. Das wird von dem eigentlichen Notwendigen ablenken, die Ukraine uneingeschränkt so zu unterstützen, dass sie den Abwehrkampf bestehen und ihre Souveränität und territoriale Integrität bewahren oder wiederherstellen kann.

Über diese Fragen hinaus wurden aber ganz konkrete Beschlüsse gefasst, die die Ukraine auf dem Weg in die NATO unterstützen können. Da ist zuerst die Einrichtung eines NATO-Kommandos in Wiesbaden zu nennen, das NATO Security Assistance and Training Command for Ukraine (NSATU). Die Kommandoaufgaben werden sein, die Ausbildung von Ukrainern in den Mitgliedstaaten der NATO zu koordinieren, die Abgabe von Waffen, Ausrüstung und Munition zu planen und zu koordinieren, den Transfer von Lieferungen ins Land und die Instandsetzung von Material sicherzustellen. Das ist eine gute Entscheidung, weil es die notwendigen Aufgaben der US-geführten „Ramstein-Gruppe“ nun unter NATO-Kommando und unter direkter Unterstellung unter den NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) übernehmen kann. Die Arbeit kann unter Teilnahme von Soldaten aller Mitgliedsstaaten aus einer Hand geleistet werden. Es wird dazu sicher Abgrenzungen, bessere Übernahme von Aufgaben von der bisher EU-geführten Ausbildungsmission geben müssen. Das

gleiche trifft für die Security Assistance Group Ukraine (SAG-U) der US-Army zu, die idealerweise, jedenfalls für die oben beschriebenen Aufgaben, im neuen Kommando aufgehen sollte. Ferner sollte mit der Entscheidung die Idee von Präsident Macron zur Entsendung von Soldaten von NATO-Mitgliedsstaaten u. a. zur Ausbildung von ukrainischen Soldaten in der Ukraine endgültig zu den Akten gelegt werden.

Ein weiterer ganz konkreter Baustein für den Weg der Ukraine in die NATO ist die Einrichtung eines gemeinsamen NATO-Ukraine Joint Analysis Training and Education Center in Bydgoszcz in Polen. Dort ist bereits das Joint Force Training Center stationiert, ein NATO-Übungszentrum für die taktische Führungsebene, was weitere NATO-Ukraine-Kooperation ermöglichen dürfte. Einen Fortschritt stellt auch der NATO-Ukraine-Fond dar. Die Mitgliedsländer verpflichten sich, binnen Jahresfrist Unterstützungsleistungen im Wert von 40 Mrd. Euro zu erbringen. Generalsekretär Jens Stoltenberg hat dabei sein Ziel nicht erreicht, dass der Umfang des Fonds 100 Mrd. Euro betragen soll. Der Mechanismus ist etabliert und die Zielgröße soll von Jahr zu Jahr neu bestimmt werden. Die Mitgliedsstaaten sollen den Wert ihrer Unterstützungsleistung bereits zum Ende dieses Jahres melden. Der Anteil jeder Nation errechnet sich dabei nach dem NATO-Schlüssel. Für die großen Unterstützer, wie die USA, Deutschland oder andere wird dies kein Problem sein. Sie geben heute schon weitaus mehr, als der NATO-Schlüssel von ihnen bei einem Fondumfang von 40 Mrd. Euro fordert. Andere werden sich an dem Ziel messen lassen müssen. Auf bilateraler Basis gab es mehrere Zusagen für weitere Waffenlieferungen,

Autor

Generalleutnant a. D. Erhard Bühler
ist Mitglied des Kuratoriums der GSP.

Herausragend war dabei die US-Zusage für das Material für vier weitere Patriot-Staffeln. Darüber hinaus konnte der ukrainische Präsident weitere bilaterale Sicherheitsabkommen mit langfristigen Zusagen unterzeichnen. Insgesamt haben bisher 21 Staaten langfristige Sicherheitsabkommen mit der Ukraine geschlossen.

Am Rande der Beratungen ist wohl auch über die Begrenzung westlicher Waffen auf die besetzten Gebiete und die Auflage, mit Ihnen keine Ziele auf dem Territorium der Russischen Föderation anzugreifen, gesprochen worden. Offenbar gab es keine klaren Entscheidungen oder gar Aufhebung der Auflagen. Zurzeit scheint festzustehen, dass die Auflagen nördlich der Region Charkiw aufgehoben bleiben, aber eingeschränkt auf den Einsatz der HIMARS-Artillerie. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn es schon nicht möglich ist, die Auflagen zu lockern, sollte auf eine Präzisierung und Harmonisierung der Auflagen der Nationen hingewirkt werden. Im zweiten Themenblock der Gipfels, Abschreckung und Verteidigung, wurde mit der gemeinsamen Festlegung, „Russland bleibt die signifikanteste und direkte Bedrohung der Sicherheit des Bündnisses“, der Ton gesetzt.

Es ging in diesem Block um eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der Entscheidungen der Gipfel von Madrid und Vilnius und um Folgeentscheidungen. Themen waren die Fortschritte beim NATO New Force Model, mit dem eine Kategorisierung der Streitkräfte nach Einsatzbereitschaftsstufen vorgenommen wurde, die Stärkung und Anpassung der NATO-Kommandostruktur und der Implementierungsstand der regionalen Verteidigungspläne. Hier wurde wenig öffentlich. Herauszuheben ist die Entscheidung, nationale Hauptquartiere in die NATO-Kommandostruktur einzubinden. Dies insbesondere für die Mitgliedsstaaten im skandinavischen Raum nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens, es wird die Führung der Landstreitkräfte erleichtern. Die Schaffung eines Integrierten Cyber Defense Centers bei SHAPE geht in die richtige Richtung.

Der Fähigkeitsbedarf der NATO wurde vor dem Hintergrund der Bedrohung durch Russland nach Beginn der Invasion der Ukraine ermittelt. Grundlage waren die neuen regionalen Verteidigungspläne. Die neuen Anforderungen liegen

erheblich über den bisherigen, sie sind jetzt auf die Nationen zu verteilen. Die Zielvorgaben für die Nationen werden sich in Quantität und Qualität deutlich erhöhen. Dies wird auch zu einem Mehrbedarf für die Bundeswehr an Personal und Material, auch hinsichtlich der Vorratungshöhen bei Munition, führen. Das Fähigkeitsprofil ist ja seit 2017 fest an die NATO-Ziele gebunden und diese haben seit Etablierung des Sondervermögens für die Bundeswehr auch Gesetzeskraft erlangt.

Aus dem Themenblock Abschreckung und Verteidigung ragt die deutsch-amerikanische Vereinbarung zur temporären Stationierung amerikanischer landgestützter Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und Marschflugkörper vom Typ Tomahawk ab 2026 in Deutschland heraus, eine Stationierung, die später durch Hyperschall-Waffen ergänzt werden soll. Die Stationierung soll Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit gewährleisten, bis entsprechende europäische Fähigkeiten verfügbar sein werden. Diese sollen von der Firma MBDA in einem gemeinsamen Projekt von Deutschland, Frankreich, Italien und Polen entwickelt werden. Dieser Doppelansatz „Stationierung und Entwicklung“ wird die sicherheitspolitische Debatte kurz- und mittelfristig sehr beleben. Wichtig wird sein, die Kommunikation um Ursachen und Zweck dieses Doppelansatzes sehr offen zu führen. Die Ursachen liegen in der unter Bruch des INF-Vertrages in Kaliningrad vorgenommenen Stationierung von russischen, landgestützten und nuklearfähigen Iskander-K-Marschflugkörpern mit einer Reichweite von mehr als 2.000 km und landgestützten ballistischen Raketen vom Typ Iskander-M mit einer Reichweite von mutmaßlich mehr als 500 km bei gleichzeitigem Schutz durch moderne Luftverteidigungssysteme.

Der Bruch des INF-Vertrages und die russische Stationierung löste in Berlin 2016/17 große Besorgnis aus, Gegenmaßnahmen wurden im Einvernehmen der NATO aber nicht ergriffen. Es wurde ein Konzept für die territoriale Luftverteidigung Deutschlands in Auftrag gegeben, das 2018 in Kraft trat. Konkrete Maßnahmen zur Implementierung wurden ab 2022 ergriffen, als das Sondervermögens dies möglich machte. Der Schild einer Territorialen Luftverteidigung ist überlebenswichtig,

wie wir in der Ukraine sehen. Dafür sind die Flugabwehrraketen vorgesehen. Gleichzeitig muss man aber auch ein Schwert haben, das die Ursache bekämpft, nämlich die Stellungen auszu-schalten, von den die Iskander-M oder -K abgefeuert werden – dazu dienen die Marschflugkörper Tomahawk und später europäische, weitreichende Marschflugkörper. Der Mix von Stationierung und Entwicklung und der von Flugabwehrraketen und Marschflugkörper machen politisch wie operativ Sinn und sind sehr zu begrüßen.

Im dritten Themenblock „Partnerschaft im indopazifischen Raum“ waren die Staats- und Regierungschefs von Australien, Japan, Neuseeland und der Republik Korea vertreten. Die Partnerschaft besteht bereits seit ungefähr 20 Jahren und hat sich in letzten Jahren vertieft. Die NATO hat nicht nur wegen der Unterstützung der Ukraine Interesse an einer anhaltenden Partnerschaft, sondern auch wegen der Interoperabilität, z. B. im internationalen Krisenmanagement. Dazu kommt die Einschätzung, wie im Strategischen Konzept der NATO von 2022 ausgedrückt, dass „Entwicklungen in dieser Region die Euro-Atlantische Sicherheit direkt beeinflussen können“. Die Partnerschaft im indopazifischen Raum ist wichtig, ebenso wie die anderen im Mittelmeerraum, auf der arabischen Halbinsel und im europäischen und zentralasiatischen Raum. Insgesamt war es ein NATO-Gipfel, der seit Vilnius 2023 mit hohen Erwartungen verbunden war. Ein Gipfel, der gerade im Jubiläumsjahr zusätzlich Stärke und Kohäsion zeigen sollte. Er war aber auch medial mit Themen belastet, die sachlich mit der eigentlichen Gipfelthemen nichts zu tun haben sollten: den amerikanischen Wahlkampf, die Kandidatenauswahl dazu, Wahlen auch in vielen anderen Mitgliedsstaaten sowie mangelnde europäische Kohäsion. Das waren sicher nicht die besten Voraussetzungen für einen Jubiläumsgipfel. Wenn man aber eine nüchterne Bilanz zieht, war das ein Gipfel, auf dem die Kunst des Möglichen praktiziert wurde. Vor allem hat er die NATO in ihrer Anpassung an die veränderte verteidigungspolitische Lage weitergebracht und der Ukraine die weitere Unterstützung durch konkrete Maßnahmen zugesichert. ■

In eigener redaktioneller Verantwortung.